

Schwierige Einstimmung

Die ersten Tage der Einstimmung in Managua. Bevor es in den Kaffee geht, stehen Gespräche mit Organisationen hier in Managua an. Diese sind bei den Nichtregierungsorganisationen geprägt von der Frage, wie die jährlich zu erneuernde Rechtskörperschaft vom Innenministerium aufgrund von gesetzlich geregelten umfangreichen Rechenschaftspflichten beschieden wird.

Als Reaktion auf die Vorgänge von 2018, die Regierung spricht von „Putsch“, die Opposition von „Aufstand“, betrifft dieser Verlust inzwischen mehr als 3000 von über 7000 eingetragenen Organisationen. Die Organisationen unterscheiden sich stark, sie reichen von kleinen, freien Kirchengemeinden bis zu größeren national agierenden Organisationen, aus den verschiedensten Bereichen. Nach dem Entzug der Rechtskörperschaft ist eine Weiterarbeit nicht mehr möglich, Spenden und Gelder aus dem Ausland können nicht mehr fließen. Grundbesitz und Vermögen werden eingezogen.

Ein Vertreter des movimiento comunal, einer ursprünglich sandinistennahen, auf kommunaler Ebene arbeitenden und auf Partizipation ausgerichteten Organisation berichtet: Mit unseren Programmen haben wir staatliche Programme ergänzt und die Menschen bei der Schaffung würdiger Lebensumstände unterstützt. Unsere komplexen, unübersichtlichen Strukturen sind uns zum Fallstrick geworden. Wir werden durch unsere Dokumentation versuchen die Gründe, die zur Aberkennung geführt haben zu entkräften. Auch eine Appellation an den Präsidenten steht uns noch offen.



Ein Vertreter der Organisation „Los Pipitos“ Eltern behinderter Kinder berichtet, dass der Rechtsstatus weiter besteht aber auf nationaler Ebene keine Gelder mehr aus dem Ausland empfangen werden dürfen. Die Arbeit in der Zentrale und über 60 Ablegern im Land laufe aber weiter. Die Zentrale habe sich in Beratungs-, diagnostischen und therapeutischen Bereichen als ergänzende Organisation zu staatlichen Angeboten positioniert. Durch Einnahmen aus der Sozialversicherung und produktiven Projekten versucht man die Ausgaben zu decken. Die Ableger (Capitulos) wirtschaften weiter unter schwierigen Bedingungen selbständig und erhalten Unterstützung durch Fortbildungen durch die Zentrale.

Regierungsvertreter widersprechen dem Vorwurf der politisch begründeten

Aberkennung der Rechtstitel. Es gebe Regeln und Gesetze für die Einhaltung von Organisationsstrukturen und die Nachweispflicht bei der Verwendung von Finanzmitteln. Wenn gegen diese verstoßen werde sei die Aufhebung der Organisationen zwangsläufig. Auch sei dies bei der Unterstützung von Putsch und Aufwiegelung in allen Ländern der Welt selbstverständlich. Vertreter der aufgelösten Organisationen widersprechen und sehen ausschließlich politisch motivierte Gründe als Ursache für den Verlust der Rechtstitel. Klar wird, dass es nach 2018 zu keiner Annäherung zwischen Zivilgesellschaft und Regierung, sondern eher zu einer weiteren Erstarrung in den jeweiligen Positionen gekommen ist. Die Spielräume zur Unterstützung zivilgesellschaftlicher Bereiche haben sich deutlich verringert, der Anspruch des Staates alle Handlungsfelder zu besetzen, hingegen weiter verstärkt.

Diese Erschwernisse werden uns auch bei der Suche nach neuen Partnern weiter beschäftigen.